



**Datenschutzhinweise gemäß Art. 13, 14 der
Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum
Hinweisgebersystem (EU-Whistleblowerrichtlinie)**

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Gemeinde Mettingen
Die Bürgermeisterin
Markt 6 – 8
49497 Mettingen
Telefon: 05452 52-0
E-Mail: info@mettingen.de

2. Beauftragter für den Datenschutz

Aktuelle Kontaktdaten zum Datenschutzbeauftragten entnehmen Sie der
Datenschutzerklärung unserer Homepage (www.mettingen.de).

Kontaktdata des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde Mettingen:
E-Mail: datenschutz@kaaw.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Personenbezogene Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems werden nur
nach Maßgabe geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben verarbeitet.

Bitte beachten Sie, dass Beschäftigte und Externe, die einen möglichen
Regelverstoß an die verantwortliche Stelle melden („Hinweisgeber“), interne und
externe (Hinweisgebersystem) Kommunikationskanäle nutzen können. Zur
Gewährleistung der Anonymität empfehlen wir Ihnen die Nutzung des
Hinweisgebersystems, welches externe Ombudsleute entsprechen. Hierbei
handelt es sich um eine/n Mitarbeiter/in der KAAW, welche der Schweigepflicht
unterliegt.

Die verantwortliche Stelle wird vor Einleitung von Aufklärungsmaßnahmen
prüfen, ob der Hinweis plausibel ist und einen Regelverstoß durch einen
Beschäftigten schließen lässt. Die Verarbeitung dieser Daten dient u. a. zur
Plausibilitätsprüfung. Des Weiteren ergreift die verantwortliche Stelle in
Abstimmung mit dem jeweils Betroffenen geeignete Aufklärungsmaßnahmen, um
mögliche Vorwürfe gegen zu Unrecht in Verdacht geratene Betroffene
aufzuklären und diese zu entlasten.

Die Rechtsgrundlage zur Verarbeitung möglicher personenbezogener Daten ist
Art. 6 Abs. 1 lit c. DS-GVO i. V. m. § 10 E-HinSchG. Weiterhin ist eine
Verarbeitung von Beschäftigungsdaten gemäß § 18 Abs. 1 DSGVO NRW u. U.

erforderlich. Hierzu können beispielsweise Daten für Aufklärungsmaßnahmen zur Aufdeckung von arbeitsvertraglichen Pflichtverletzungen dienen.

4. Welche Daten bzw. Datenkategorien sind von Aufklärungsmaßnahmen betroffen?

Es werden im Rahmen von Aufklärungsmaßnahmen folgende Datenkategorien betroffen sein:

- Meldedaten
- betriebliche Angaben (z. B. Abteilung, Funktion, Berufsbezeichnungen etc.)
- Inhaltsdaten (Angaben zum Sachverhalt)
- betriebliche Dokumente
- Kommunikationsverhalten
- ggf. persönliche Angaben
- Daten zu strafrechtlichen Verurteilungen und Straftaten
- besondere Kategorien gemäß Art. 9 DS-GVO

5. Kategorien von Empfängern (interne oder externe Weitergabe personenbezogener Daten)

Sie haben das Recht zu erfahren, welche Datenempfänger regelmäßig oder aufgrund von Anfragen Ihre Daten anlass- oder fallbezogen erhalten. Datenweitergaben im Rahmen von Aufklärungsmaßnahmen kommen insbesondere folgende Empfänger in Betracht:

- externe Ombudsleute (u. a. bei der Nutzung des Hinweisgebersystems)
- Personalrat und andere Interessenvertretungen
- Gerichte und sonstige öffentliche Stellen (z. B. Staatsanwaltschaften)
- Weisungsgebundene Auftragsverarbeiter (KAAW)
- Dienstleister, die bei der Durchführung von Aufklärungsmaßnahmen beteiligt werden (z. B. Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften)

Eine Drittlandübertragung findet nicht statt.

6. Dauer der Speicherung

Die Aufbewahrungsfristen ergeben sich im Einzelfall der verantwortlichen Stelle unter Berücksichtigung der Wichtigkeit der Aufbewahrung, der schutzwürdigen Interessen Betroffener an der Löschung sowie der Wahrscheinlichkeit, dass ein im Hinweisgebersystem gemeldeter Verdacht zutrifft.

Daten im Hinweisgebersystem sind zwei Monate nach Abschluss des Verfahrens zu löschen. Ausnahme ist die Klärung weiterer rechtlicher Schritte vor, z. B. Disziplinarverfahren, Einleitung Strafverfahren etc.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der

europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht:

Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DS-GVO). Bitte beachten Sie, dass dieses Auskunftsrecht in bestimmten Fällen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein kann (§ 48 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen).

b) Recht auf Datenberichtigung:

Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Art. 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung, Recht auf Einschränkung:

Bei Vorliegen gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 17 DS-GVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Art. 18 DS-GVO) verlangen. Das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 1 und 2 DS-GVO besteht jedoch unter anderem dann nicht, wenn die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt.

d) Widerspruchsrecht:

Sie können gegen bestimmte Datenverarbeitungen widersprechen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).

7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Sie haben das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft; d. h. durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt. Sie können Ihren Widerruf für die Interessentenliste jederzeit geltend machen. Bitte wenden Sie sich an die verantwortliche Stelle.

8. Beschwerderecht

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde im Sinn des Art. 51 DS-GVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

Nordrhein-Westfalen (LDI NRW)

Kavalleriestraße 2 – 4

40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 38424-0

Fax: 0211 38424-10,

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

9. Profiling

Im Rahmen von Aufklärungsmaßnahmen finden weder automatisierte Einzelfallentscheidungen noch Maßnahmen zum Profiling im Sinne von Art. 22 DS-GVO statt.